

**(Abgeordneter Schäfer.)**

- (A) dürfte man wohl erwarten, daß die jetzige sächsische Regierung nicht drei Monate dazu gebraucht hätte, wenn einigermaßen Vorarbeiten vorhanden gewesen wären, um Notstandsarbeiten herauszugeben. Ich muß sagen, daß es für mich ungenügend ist, auch von der jetzigen Regierung, wenn man nichts weiter hat, als einige tausend Waggon Eisenbahnwagen, und wenn man weiß, wie umständlich dieser Apparat noch arbeitet, daß über dieser Herausgabe von Notstandsarbeiten, soweit Eisenbahnwagen in Frage kommen, nahezu schon zwei Monate ins Land gegangen sind, ohne daß man sagen kann, daß heute oder morgen oder in der nächsten Woche überhaupt mit der Inangriffnahme dieser Arbeiten gerechnet werden kann. Ich meine, hier gilt es schnell arbeiten. Ich will der jetzigen Regierung durchaus nicht die Schuld allein in die Schuhe schieben, d. h. der sächsischen Regierung, weil wir wissen, daß die wirtschaftliche Demobilmachung vollkommen versagt hat. Ich weiß selbst auf Grund meiner Tätigkeit, daß überall Sitzungen und Verhandlungen stattgefunden haben. Man mußte nicht, wie man herauskommen soll, welcher Weg der gangbarste ist, um die wirtschaftliche Demobilmachung vorzunehmen, und das ergibt sich daraus, daß man auch Personen an leitende Stellen gesetzt hat, die kein genügendes wirtschaftliches Verständnis haben. Ich erinnere nur an den
- (B) Reichskommissar Koeth, der zwar ein sehr tüchtiger Offizier sein mag, aber nach unserem Dafürhalten nicht ohne weiteres die Gewähr dafür bietet, daß die wirtschaftliche Demobilisation in der Weise vor sich gehen kann, wie sie gehen müßte. Bezeichnend ist es, wenn uns heute gesagt wird, daß der Reichskommissar jede Beihilfe den Gemeinden gegenüber ablehnt.

(Zuruf vom Regierungstisch: Nein, der Finanzminister Geyer!)

und wenn es der Finanzminister Geyer gewesen ist, so müssen wir das ebensogut aufs schärfste verurteilen. Insbesondere aber können wir die Reichsregierung von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß sie unverantwortlich gehandelt hat in bezug auf die wirtschaftliche Demobilisation, insofern sie nach Beendigung dieses Völkermordens noch Monate hinaus gestattet hat, daß Munition hergestellt wurde und dergleichen Arbeiten, die völlig unproduktiv sind, daß man die geringen Rohstoffe, die in Deutschland am Ende des Krieges noch vorhanden waren, in unverantwortlicher Weise zu völlig unproduktiven Arbeiten verwandt hat.

Nun ist man ja auch auf die jetzigen Streiks eingegangen, man hat erklärt, daß die jetzigen Streiks den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen

würden. Meine Herren! Sie haben es ja in der Hand, das zu verhindern, wenn man überhaupt zurzeit sagen kann, der wirtschaftliche Zusammenbruch sei noch nicht völlig erfolgt. Geben Sie doch den Streikenden, geben Sie doch den Arbeitern das, was sie mit Recht fordern können, erkennen Sie die Arbeiter- und Soldatenräte als das an, was meine Fraktion Ihnen in der vergangenen Woche in Form eines Minderheitsantrages vorgelegt hat! Ich kann Ihnen versichern, Sie mögen sich drehen und wenden, wie Sie wollen, Sie können diesen Prozeß nicht aufhalten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen.)

Mein Freund Liebmann hat Ihnen bereits am vergangenen Freitag gesagt: der Prozeß wird reibungsvoller werden, je größeren Widerstand Sie leisten, aber darüber darf sich in diesem Hause niemand unklar sein: Sie werden und können diesen Prozeß nicht aufhalten, die Arbeiterschaft wird niemals eher Ruhe geben, und wenn Sie mit Kanonen und Maschinengewehren, wie jetzt wieder in Halle, zu arbeiten versuchen, die Arbeiterschaft wird sich nicht irre machen lassen, wenn Sie es auch wagen, mit Kanonen und Maschinengewehren auf wehrlose, ruhige Arbeiter schießen zu lassen, um zu erreichen, daß die Arbeiterschaft auf das Recht, das sie sich teilweise am 9. November erkämpft hat, zu verzichten. Da irren Sie sich sehr!

Es bedarf weiter einiger Worte dazu, wenn von seiten der Rechten in diesem Hause immer hingewiesen wird auf die Unruhe, die sich in den Kreisen des Unternehmertums durch die Streikvorgänge zeigt. Da meine ich, es gibt nur ein Mittel: dem Verlangen der Arbeiterschaft entgegenzukommen, und die Regierung hat ja Gelegenheit, die Unruhe zu beseitigen, indem sie möglichst schnell mit einem Programm an die Öffentlichkeit tritt, wie sie sich die Sozialisierung des Wirtschaftslebens denkt. Bei der ungeheuren Unklarheit, welche nicht nur teilweise in den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern weit mehr noch in den Kreisen des Unternehmertums über die Frage der Sozialisierung überhaupt herrscht, glaube ich, mit Bestimmtheit sagen zu können, wenn von der Regierung das klar ausgedrückt würde, daß manche Unsicherheit in Unternehmerkreisen dadurch beseitigt werden könnte. Ich weiß aus meiner Erfahrung, daß selbst führende Kreise unserer Großindustrie ganz verblüfft waren, als kurz nach Ausbruch der Revolution die Volksbeauftragten die Bekanntmachung erließen, wonach die Bergesellschaftung der Betriebe vorgenommen werden sollte. Ich hatte an diesem Tage gerade Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen im